

Wirtschaftliche Entwicklung Bayerns 1970 bis 2010

Dr. Tilman von Roncador unter Mitarbeit von Raphaela Platzer

Derzeit findet eine Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) statt. Solche Revisionen werden in der Regel im Abstand von einigen Jahren durchgeführt, um größere methodische oder datenbedingte Änderungen in die VGR integrieren zu können. Hauptanlass der aktuellen Revision ist die Umstellung der Klassifikation der Wirtschaftszweige von der WZ 2003 auf die WZ 2008. Die Zeitreihen der Aggregate der VGR, wie dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) oder der Bruttowertschöpfung (BWS), aber auch die Zahl der Erwerbstätigen werden in der Revision 2011 nur bis zum Jahr 1991 zurückgerechnet. Dies führt zu einer Verkürzung der Zeitreihen, die vor der Revision bis ins Jahr 1970 reichten. In nachfolgendem Aufsatz soll daher nochmals ein Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung Bayerns in den letzten 40 Jahren gegeben werden. Datenbasis ist hierbei der Rechenstand vom 30. März 2011, an dem letztmalig Ergebnisse auf Länderebene in alter Klassifikation der Wirtschaftszweige veröffentlicht wurden.

Konjunkturelle Entwicklung in Bayern und Deutschland

Die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes vollzieht sich in der Regel nicht stetig, sondern ist von konjunkturellen Auf- und Abschwüngen bestimmt. Phasen mit einer stagnierenden oder sogar rückläufigen Entwicklung wechseln sich mit Phasen hohen Wirtschaftswachstums ab. Nach der klassischen Definition von Burns und Mitchell handelt es sich bei Konjunkturzyklen um eine parallele Expansion bzw. Kontraktion zahlreicher wirtschaftlicher Aktivitäten. Solche Schwankungen treten regelmäßig auf. Ihre Dauer ist nicht gleichmäßig sondern schwankt von über einem bis zu zwölf Jahren. Konjunkturzyklen sind typisch für Marktwirtschaften.¹

Die Konjunktur wird, anders als zu Zeiten von Burns und Mitchell, die eine Vielzahl von Einzelzeitreihen betrachteten, heute in der Regel anhand der Veränderungsrate des Bruttoinlandsproduktes (BIP) gemessen, welches das gesamte Wirtschaftsgeschehen in einer Zeitreihe bündelt.

Ein Konjunkturzyklus wird typischerweise zwischen zwei konjunkturellen Tiefpunkten datiert. Er beginnt an einem unteren Wendepunkt, der häufig aber

nicht immer mit einer Phase negativen Wirtschaftswachstums (Rezession) zusammenfällt. Es schließt sich ein Aufschwung an, der schließlich in einem Boom kulminiert, ehe ein Abschwung bis zum nächsten unteren Wendepunkt folgt, der den Übergang zum nächsten Konjunkturzyklus einleitet.

Wird das beschriebene idealtypische Muster auf die Zeitreihe der preisbereinigten Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes für Bayern und Deutschland übertragen, lassen sich im Zeitraum 1971 bis 2010 jeweils sechs Konjunkturzyklen erkennen (vgl. Abb. 1). Dabei begann der erste Zyklus bereits vor 1971, der letzte umfasst die Jahre ab 2009 und ist noch nicht abgeschlossen. Ein Endjahr kann hier noch nicht angegeben werden. Die Zyklen lassen sich für Bayern und für Deutschland folgendermaßen datieren:

Datierung der Konjunkturzyklen in Bayern und Deutschland für den Zeitraum 1971 bis 2010		
Zyklennummer	Beginn	Ende
1	1971 (1967)	D 1975, BY 1974
2	D 1975, BY 1974	1982
3	1982	1993
4	1993	2003
5	2003	2009
6	2009	?

¹ Vgl. Burns, A., Mitchell, W. (1946), *Measuring Business cycles*, New York, S. 3. „Business cycles are a type of fluctuation, found in the aggregate activity of nations that organize their work mainly in business enterprises: A cycle consists of expansions occurring at about the same time in many economic activities, followed by similar general recessions, contractions and revivals with merge into the expansion phase of the next cycle; this sequence is recurrent but not periodic; in duration business cycles vary from more than one year to ten or twelve years; they are not divisible in cycles of similar character with amplitudes approximating their own.“

Damit folgt Bayern, abgesehen vom Jahr 1974, dem bundesweiten Konjunkturverlauf. Auch für die anderen Bundesländer lassen sich die Konjunkturzyklen in der Regel parallel zum bundesweiten Zyklus festlegen. Dies zeigt, dass die Konjunktur, abgesehen von kleineren Abweichungen, überwiegend ein bundesweites Phänomen darstellt. Ein Ausklinken einzelner Bundesländer aus dem bundesweiten Zyklusverlauf ist eher untypisch, allerdings unterscheidet sich das Ausmaß der Veränderungsraten in den Bundesländern bisweilen deutlich.

Weltwirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre hervor, jedoch war 1970 bereits wieder Vollbeschäftigung erreicht. Diese schnelle Überwindung der Beschäftigungskrise wurde als großer Erfolg des von der großen Koalition verabschiedeten Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (Stabilitätsgesetz) vom 8. Juni 1967 angesehen, das in Deutschland erstmals eine keynesianische Konjunkturpolitik der Nachfragesteuerung ermöglichte. Damit schien sich die Möglichkeit der Globalsteuerung der Volkswirtschaft eindrucksvoll zu bestätigen.²

Der erste Konjunkturzyklus des hier untersuchten Zeitraums begann bereits nach der Rezession von 1967. In den frühen siebziger Jahren gab es schon wieder hohe Wachstumsraten. Bayern lief in diesem Zyklus der bundesdeutschen Entwicklung vorweg, die maximale Wachstumsrate wurde mit 4,9% bereits 1972 erreicht, bundesweit mit 4,8% erst 1973.

In den frühen siebziger Jahren gab es einige Ereignisse, die sich zu einer nachhaltigen Belastung für das Wirtschaftswachstum ausweiteten. Im August 1971 hatten die USA die Möglichkeit der Einlösung des Dollars in Gold ausgesetzt. Letztlich führte dieser Schritt 1973 zur endgültigen Aufgabe des 1944 in Bretton Woods geschaffenen Systems fester Wechselkurse. Die D-Mark wertete von 3,50 DM je \$ im Jahr 1971 auf rund 1,80 DM je \$ im Jahr 1979 auf, mit einer entsprechenden Verteuerung deutscher Exporte auf den Weltmärkten.³

Die Rezession von 1967 stellte aus zeitgenössischer Sicht eine schwere Belastungsprobe für den Arbeitsmarkt dar. Die Arbeitslosenquote stieg bundesweit von 0,7% im Jahr 1966 auf 2,1% im Jahr 1967, in Bayern von 1,1% auf 2,9%. Die steigenden Arbeitslosenzahlen riefen in der zeitgenössischen Berichterstattung große Befürchtungen einer ähnlichen Massenarbeitslosigkeit wie während der

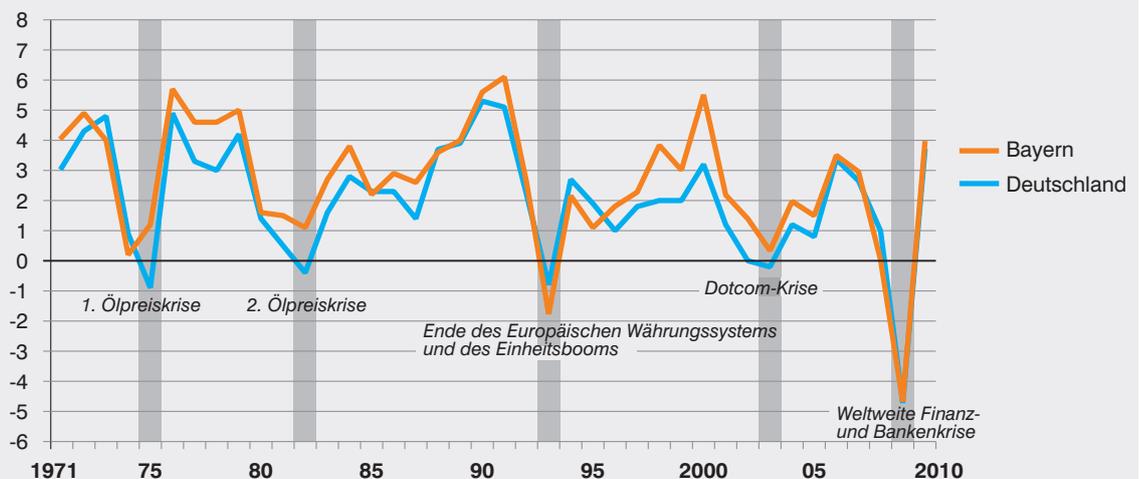
Obleich die Aufwertung der heimischen Währung Importe verbilligt, konnte die sukzessive Aufwertung der DM nach der Wechselkursfreigabe die Folgen

² Vgl. beispielsweise Abelshauser, W. (2004), Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, München, S. 297. Der Tiefpunkt der Rezession wurde allerdings bereits im Frühjahr 1967, also vor Verabschiedung des Stabilitätsgesetzes, erreicht. Vgl. beispielsweise Jahresgutachten 1967/68 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, S. 8, Ziffer 17. Die aufgrund des Gesetzes ergriffenen Maßnahmen wirkten also eher verstärkend auf den bereits beginnenden Aufschwung.

³ Zum System von Bretton Woods vgl. z. B. Eichengreen, B. (1999), Vom Goldstandard zum Euro, Berlin, S. 132-182, insbes. S. 174ff.

Wachstumsraten des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts in Bayern und in Deutschland 1971 bis 2010*
in Prozent

Abb. 1



* Bis 1971 früheres Bundesgebiet, ab 1992 Deutschland.

des Ölpreisanstiegs nach Beginn des Jom-Kippur-Krieges im Oktober 1973 kaum ausgleichen. Am 17. Oktober 1973 beschlossen die OPEC-Staaten, den Ölpreis um 70% auf 5 Dollar je Barrel zu erhöhen. Gleichzeitig erfolgte eine Drosselung der Förderung auf 75% der Septembermenge. Im Dezember 1973 wurde der Ölpreis auf 12 Dollar je Barrel erhöht. Obgleich er bald wieder etwas sank, lag er während des gesamten Jahres 1974 etwa viermal so hoch wie im Sommer 1973. Der Anstieg der Erdölpreise beschleunigte nochmals die Inflation, die bereits in der Vollbeschäftigungssituation seit 1971 über 5% betragen hatte auf über 7% im Jahr 1974. In Folge kam es in Deutschland zu einer Welle sehr hoher Lohnabschlüsse, teilweise im zweistelligen Bereich (Klunker-Runde).⁴

Diese Belastungen spiegeln sich im Rückgang der Wachstumsraten in den Jahren 1974 und 1975 wider. Bayern verzeichnete dabei mit einem Wirtschaftswachstum von 0,2% und 1,2% zumindest noch positive Wachstumsraten, während Westdeutschland nach einem Wirtschaftswachstum von 0,9 Prozent im Jahr 1974 ein Jahr später mit -0,9% in die bis dato tiefste Rezession der Nachkriegszeit geriet. Die Rezession von 1974/75 stellt auch eine einschneidende Zäsur auf dem (west-)deutschen Arbeitsmarkt dar. Sie beendete die Phase der Vollbeschäftigung, die spätestens seit 1960 bestanden hatte. Die niedrigen Arbeitslosenzahlen vor 1974 wurden weder in Bayern noch in Deutschland jemals wieder erreicht. Stattdessen entstand eine so genannte Sockelarbeitslosigkeit, die auch im Aufschwung nur langsam abgebaut werden konnte.⁵ Bereits in seinem Jahresgutachten von 1974/75 diagnostizierte der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung strukturelle Probleme in Branchen wie der Textil- und Bekleidungsindustrie, der Metallverarbeitung oder der Bauindustrie und sah Kostennachteile gegenüber dem Ausland.⁶

Der zweite Konjunkturzyklus begann 1976 in Bayern und in Westdeutschland mit sogleich wieder hohen Wachstumsraten. Der Boom dieses zweiten Konjunkturzyklus hielt sowohl in Bayern als auch in Deutschland bis 1979 an. In diesem Jahr kam es zu einem weiteren starken Anstieg des Rohölpreises,

der Mitte 1979 rund 60% höher lag als im Dezember 1978. Durch die beiden Ölpreiskrisen hatte sich das Öl in weniger als einem Jahrzehnt auf das Fünzfache verteuert, mit entsprechenden Wirkungen auf die Inflationsraten der Industrieländer.⁷ Daraufhin erhöhte die US-amerikanische Notenbank zur Bekämpfung der Inflation drastisch ihre Leitzinsen und dämpfte damit auch die Exportnachfrage aus den USA. Zudem wuchs zunächst mit Japan dann auch mit den südostasiatischen Staaten Korea, Singapur, Taiwan und Hongkong allmählich eine zunehmend mächtigere Konkurrenz auf den Weltmärkten heran, die zahlreiche deutsche Hersteller technologisch herausforderte.⁸ Im Jahr 1978 begann mit den Reformen Deng Xiaopings auch der wirtschaftliche Aufstieg Chinas, der sich jedoch erst deutlich später spürbar auf die Weltwirtschaft auswirkte.⁹ Der seit 1980 erkennbare wirtschaftliche Abschwung mündete für Deutschland 1982 in eine weitere Rezession. In Bayern blieb das Wirtschaftswachstum, ähnlich wie schon 1975, mit einer Zunahme um 1,1% positiv. Auf dem Arbeitsmarkt konnte sich Bayern, wie bereits 1974/75 der Rezession jedoch nicht entziehen. Von 1980 bis 1982 stieg die Arbeitslosigkeit in Bayern im Jahresdurchschnitt von knapp 148 000 Personen auf rund 305 000 an. Der Höchststand wurde mit 362 000 Arbeitslosen im Jahr 1983 erreicht. Auch in Deutschland war 1982 die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenzahl mit über 1,8 Millionen Personen um mehr als das Doppelte höher als 1980 mit knapp 890 000 Personen.

Anders als 1976 (und auch 1968) begann der dritte Konjunkturzyklus des Beobachtungszeitraums eher verhalten. In Bayern wuchs das BIP 1983 preisbereinigt um 2,7%, in Deutschland um 1,6%. Während in den Zyklen nach 1967 und 1975 die den Rezessionen unmittelbar folgenden Jahre mit die höchsten Wachstumsraten aufwiesen, traf dies jetzt erst für die Jahre ab 1988 zu. Der Aufschwung nach 1982 fand im Zeichen stagnierender oder gar sinkender Rohstoffpreise statt. In zahlreichen Ländern, vor allem in Großbritannien und den USA vollzog sich ein Wechsel der Wirtschaftsdoktrin weg von einer eher keynesianisch ausgerichteten Nachfragesteuerung zu einer auf die Verbesserung der angebotsseitigen wirtschaftlichen Bedingungen zielende Wirtschaftspolitik. Dies führte zu einem anhaltenden Steuersen-

4 Zur wirtschaftlichen Entwicklung in jenen Jahren vgl. z. B. Schröter, H. (2000), Von der Teilung zur Wiedervereinigung; in North, M. (2000), Deutsche Wirtschaftsgeschichte, S. 351–420, insbes. S. 384–391.

5 1973 betrug die Arbeitslosenzahl in Bayern 51 556 Personen, 1975 205 447 Personen. Im folgenden Aufschwung sank die Arbeitslosenzahl nicht mehr unter 146 000 Personen ab. Für Deutschland lässt sich in diesen Jahren eine ähnliche Tendenz erkennen. Allerdings nahm die Arbeitslosigkeit sowohl in Bayern als auch in Deutschland bereits seit 1970 kontinuierlich zu, sodass hierfür nicht nur konjunkturelle Gründe ursächlich sein können. Die Arbeitslosenzahlen befinden sich unter <http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Arbeitslose-und-gemeldetes-Stellenangebot/Arbeitslose-Nav.html>.

6 Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1974/75, Ziffer 108ff. und 131ff.

7 Vgl. Abelshäuser, W. (2005), Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, Bonn, S. 436, Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1979/80, S. 20.

8 Eine interessante Fallstudie für Amateurräucher findet sich bei Fengler, S. (2006), „Den Markt klar im Sucher“ Krise und Niedergang der Agfa Gevaert AG in den 1960er und 1970er Jahren; in Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2006-2, S. 95–113. Die technologische Herausforderung wurde auch in der zeitgenössischen Literatur bereits erkannt. Vgl. Mensch, G. (1975), Das technologische Patt, Innovationen überwinden die Depression, Frankfurt.

9 Zum tiefgreifenden Wandel in China ab 1978 vgl. beispielsweise Kissinger, H. (2011), China, S. 331ff. München.

10 Die Folgen dieses Wettbewerbs werden unterschiedlich beurteilt. Während er einerseits begrüßt wird, da er die Staaten zu einem effizienten Umgang bei der Verwendung von Steuersenkungen zwingt, sehen andere hierin eher einen ruinösen Konkurrenzkampf, der die Grundlagen des Sozialstaates und staatlicher Regulierung, etwa im Bankensektor aushöhle. Exemplarisch für diese kritische Sicht: Sinn, H.-W. (2003), *The New Systems Competition*, Oxford.

11 Positive Wirkungen einer defizitfinanzierten Steigerung von Rüstungsausgaben auf die Konjunktur sieht beispielsweise Krugman. So sei erst durch die stark ansteigenden Rüstungsausgaben am Vorabend des amerikanischen Kriegseintritts 1941 ein ausreichend großer Fiskalimpuls entstanden, um die Weltwirtschaftskrise in den USA endgültig zu überwinden. Vgl. hierzu Krugman, P. (2012), *Vergesst die Krise*, Frankfurt, S. 52f.

12 Zu den wirtschaftlichen Folgen im Zuge der Wiedervereinigung aus zeitgenössischer Sicht sehr kritisch Sinn H.-W. (1993), *Kaltstart*, München. Rückblickend versöhnlicher Paque, K.-H. (2009), *Die Bilanz, eine wirtschaftliche Analyse der deutschen Einheit*, München.

13 Vgl. hierzu z.B. Krugman, P. (2009), *Die neue Weltwirtschaftskrise*, Frankfurt/M. S. 54ff., 95ff.

14 Von seinem Höchststand von 9631 Punkten am 10.03.2000 fiel der NEMAX-50-Index bis zum 01.04.2003 auf 339 Punkte. Anschließend wurde der NEMAX-Index in den TecDax-Index übergeleitet.

15 So die Titel zweier Bestseller von H.-W. Sinn aus den Jahren 2003ff. und G. Steingart aus den Jahren 2004ff.

16 Für eine detaillierte Studie zur Vorgeschichte, den Ursachen sowie den Bedingungen für die Durchsetzung der Reform vgl. Hassel, A., Schiller, C. (2010), *Der Fall Hartz IV, wie es zur Agenda 2010 kam und wie es weitergeht*, Frankfurt.

kungs- und Deregulierungswettbewerb der Staaten untereinander, um den Unternehmen möglichst gute Standortbedingungen für Investitionen bieten zu können.¹⁰ Allerdings finden sich in den USA in den achtziger Jahren auch Elemente defizitfinanzierter staatlicher Nachfrage, vor allem bei den Ausgaben für Verteidigung, die durchaus als keynesianische Wirtschaftsstimulierung angesehen werden können.¹¹

Der Nachfrageboom im Zuge der deutschen Wiedervereinigung verlängerte den Konjunkturzyklus. Während sich in den USA und anderen Ländern bereits 1991 eine Rezession ereignete, geschah dies in Deutschland erst 1993. Der Einbruch erfolgte, nachdem das europäische System der Wechselkurse durch spekulative Attacken eines Hedgefonds auseinandergebrochen war und die DM gegenüber den anderen Währungen stark aufwertete. Zugleich mussten die Folgen des Kollabierens der Wirtschaft in den neuen Bundesländern getragen werden.¹² Erstmals seit 1967 wurden die preisbereinigten Änderungsraten des BIP auch in Bayern negativ. Ähnlich wie 1983 begann auch der Aufschwung aus dieser Rezession moderat. Ab Mitte der neunziger Jahre führten verschiedene Schuldenkrisen in Mexiko, Russland und Südostasien zu erheblichen konjunkturellen Belastungen.¹³ In Deutschland wirkten hohe Wiedervereinigungskosten negativ. Ab 1998 stiegen die Wachstumsraten in Deutschland wieder an. Dies geschah im Rahmen der Entwicklung des Internets und der damit verbundenen wirtschaftlichen Erwartungen. In den Jahren 1999 und 2000 führte die Entwicklung zu einer starken Euphorie, die sich vor allem auf den Aktienmärkten auswirkte. Der Neue Markt Index (NEMAX) stieg in den drei Jahren nach seiner Einführung 1997 von 1000 auf über 9500 Punkte im März 2000. Bayern profitierte von diesem Internetboom in besonderem Maße: In den Jahren 1998 bis 2000 vergrößerte sich der Abstand zwischen den bayerischen und den deutschen Wachstumsraten. Auf dem Höhepunkt des Booms im Jahr 2000 nahm das bayerische BIP preisbereinigt um 5,5% zu, während die Wachstumsrate in Deutschland nur 3,2% erreichte. Mit dem Ende des Technologiebooms kam es zu einem deutlichen Rückschlag auf den Aktienmärkten, der bis ins Jahr 2003 andauerte.¹⁴ Gleichzeitig sanken auch die gesamt-

wirtschaftlichen Wachstumsraten ab 2001 und verharren bis 2005, also über den Beginn des nächsten Konjunkturzyklus hinaus, auf verhältnismäßig niedrigem Niveau. Im Jahr 2003 kam es in Deutschland zu einer leichten Rezession, während das BIP in Bayern, ähnlich wie 1975 und 1982, leicht zunahm. In den Jahren nach 2001 kam es, wie auch schon in früheren Rezessionen, zu einer intensiven Debatte um den Wirtschaftsstandort Deutschland. Dieser sah sich gegenüber den europäischen Nachbarstaaten, nach der Liberalisierung der Europäischen Kapitalmärkte und der Einführung der gemeinsamen Währung Euro im Jahr 2002, wichtiger Standortvorteile, wie eines großen Binnenmarktes oder vergleichsweise niedriger Zinsen aufgrund der stabilen D-Mark, beraubt. Umso stärker schienen nun die Standortnachteile Deutschlands, wie das im internationalen Vergleich hohe Lohnniveau, die inflexiblen Arbeitsmärkte, demographische Verwerfungen, ein überbordender Sozialstaat und ein anhaltender Reformstau, ins Gewicht zu fallen. Deutschland schien angesichts hoher Arbeitslosigkeit und niedrigen Wirtschaftswachstums der klassische Fall eines absteigenden Superstars zu sein und es wurde die Frage gestellt, ob es noch zu retten sei.¹⁵

Vor dem Hintergrund dieser Diskussionen wurde seitens der Politik im Jahr 2005 unter dem Namen „Agenda 2010“ ein umfangreiches und äußerst umstrittenes Reformpaket für den Arbeitsmarkt verabschiedet. Die Reform beinhaltete unter anderem die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zu einer Grundsicherung, eine Reform der Arbeitsverwaltung, die Beschränkung des von der Höhe des letzten Gehalts abhängigen Arbeitslosengeldes auf 12 Monate, der Ausweitung von Leiharbeit sowie eine Verschärfung der Zumutbarkeit von Arbeitsangeboten.¹⁶

Ein Jahr nach Verabschiedung des Reformpakets kam es zu einer Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums. In Bayern erhöhte sich das preisbereinigte BIP im Jahr 2006 um 3,5%, in Deutschland um 3,4%. Das erhöhte Wirtschaftswachstum ging mit einer deutlichen Ausweitung der Exportüberschüsse vor allem des verarbeitenden Gewerbes einher. Anders als in den angelsächsischen

Ländern entwickelte sich das Baugewerbe in diesem Aufschwung unterdurchschnittlich.¹⁷ Obgleich die Wachstumsraten im Vergleich zu früheren Aufschwüngen nicht außerordentlich hoch ausfielen, zeigten sich schnell Wirkungen auf dem Arbeitsmarkt. Von 2005 bis 2008 sank die Zahl der Arbeitslosen in Bayern von knapp 505 000 auf rund 276 000, in Deutschland von 4,9 Millionen auf 3,3 Millionen. Damit gelang erstmals seit den sechziger Jahren ein teilweiser Abbau der Sockelarbeitslosigkeit aus der vorangegangenen Rezession. Der Abbau der Arbeitslosigkeit wurde durch die schwere weltweite Rezession von 2009 unterbrochen, jedoch bereits ab 2010 wieder fortgesetzt. Auch die vorübergehende Erhöhung der Arbeitslosigkeit fiel 2009 im Vergleich zu früheren Rezessionen äußerst moderat aus, obgleich es sich um die tiefste Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit handelte.¹⁸ Dies stand in engem Zusammenhang mit einer vorübergehenden drastischen Verminderung der Arbeitsproduktivität durch Kurzarbeit.

Erwerbstätige

Bei der öffentlichen Diskussion der Beschäftigungslage stehen die Arbeitslosenzahlen im Vordergrund. Gesamtwirtschaftlich nicht weniger bedeutend ist jedoch die Entwicklung der Erwerbstätigen. In Bayern stieg die Zahl der Erwerbstätigen von 1970 bis 2010 von knapp 4,8 Millionen auf gut 6,7 Millionen Personen an. Dies entspricht einer Zunahme um ins-

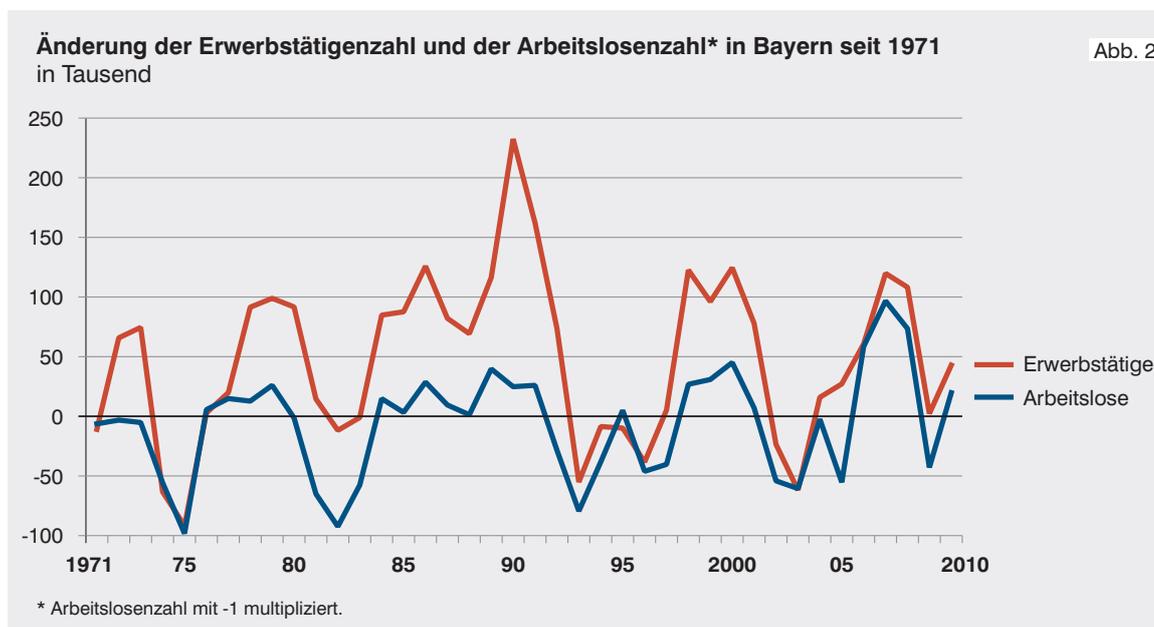
gesamt knapp 40,3%, während die Bevölkerung im gleichen Zeitraum nur um 19,5% anstieg. Im Jahr 2010 war somit ein deutlich größerer Bevölkerungsanteil erwerbstätig als 40 Jahre zuvor. Hinter dieser Entwicklung stehen mehrere grundlegende gesellschaftliche und demographische Veränderungen, wie eine stärkere Erwerbsbeteiligung von Frauen, oder ein höherer Bevölkerungsanteil im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 65 Jahren. Die höhere Erwerbsbeteiligung führte jedoch nicht zu einem proportionalen Anstieg des Arbeitsvolumens, da die tariflichen Arbeitszeiten seit 1970 gesunken sind und der Anteil an Teilzeitbeschäftigung zugenommen hat.

Ähnlich wie das Bruttoinlandsprodukt verlief auch die Entwicklung bei den Erwerbstätigen nicht stetig. In den Jahren 1971, 1974/75, 1982/83, 1993–1996 sowie 2002/03 nahm die Zahl der Erwerbstätigen in Bayern ab. Mit Ausnahme des Jahres 1971 fiel in all diese Zeiträume jeweils ein Tiefpunkt im Konjunkturzyklus. Eine Ausnahme hiervon stellt die Rezession des Jahres 2009 dar, die zu keinem Erwerbstätigenrückgang führte. Eine besonders deutliche Zunahme der Erwerbstätigen war in den Jahren zwischen 1983 und 1992 zu verzeichnen, in denen sich die Beschäftigung um rund eine Million Personen bzw. 20,5% erhöhte.

Eine betragsmäßig in etwa identische Abnahme der Erwerbstätigkeit und Zunahme der Arbeitslosig-

17 Vgl. hierzu v. Roncador, T. (2010), Schwere Rezession in Bayern im Jahr 2009, in *Bayern in Zahlen*, Ausgabe 07/2010, S. 301, Abbildung 2.

18 Zu den Ursachen der Rezession von 2009 vgl. ebd., S. 299f. Zu den Beschäftigungswirkungen der Rezession vgl. v. Roncador, T. (2010), Die Entwicklung der Erwerbstätigenzahl in Bayern im Jahre 2009, in *Bayern in Zahlen*, Ausgabe 04/2010, S. 154ff.



keit war in den Jahren 1974/75 und 2003 zu beobachten (vgl. Abb. 2).¹⁹ In den anderen Jahren einer rückläufigen Erwerbstätigkeit war die Zunahme der Arbeitslosenzahlen stärker als der Rückgang der Erwerbstätigen. In den Jahren 1981 und 2005 nahm die Arbeitslosigkeit trotz steigender Erwerbstätigkeit zu. 2005 dürfte dabei die Umstellung der Arbeitslosenstatistik im Zuge der Reformen im Rahmen der Agenda 2010 eine Rolle gespielt haben. 1995 sank die Arbeitslosigkeit bei fallender Erwerbstätigkeit.

In Aufschwungsphasen fiel die Zunahme der Erwerbstätigen meist deutlich stärker aus, als der Rückgang der Arbeitslosigkeit. Besonders deutlich zeigte sich dies während des sehr starken Anstiegs der Erwerbstätigkeit in den Jahren 1983 bis 1992, als die Erwerbstätigenzahl in Bayern um mehr als eine Million stieg, während gleichzeitig die Arbeitslosigkeit lediglich um etwa 100000 Personen sank. Vor allem in den Jahren nach 1987 spiegelt sich hierin der sehr hohe Anstieg des Erwerbstätigenpotentials durch einen zuwanderungsbedingten deutlichen Bevölkerungsanstieg wider.

Die Zunahme der Erwerbstätigen blieb mit Ausnahme der Jahre 1980, 1993 sowie 2008/09 immer hinter der preisbereinigten Zunahme des Bruttoinlandsprodukts zurück (vgl. Abb. 3). Dies ist gleichbedeutend mit einer fast permanent steigenden Arbeitsproduktivität. Eine steigende Arbeitsproduktivität kann durch

erhöhten Kapitaleinsatz, technische Innovationen, Fortbildung, Verbesserung der Produktionsabläufe oder auch einer Verlängerung der Arbeitszeiten erreicht werden. Der Produktivitätsanstieg vollzog sich seit 1970 jedoch vor dem Hintergrund sinkender Arbeitszeiten, sodass den technischen Komponenten sogar eine noch höhere Bedeutung zukommt. Eine steigende Arbeitsproduktivität ist letztlich die Voraussetzung für steigende Pro-Kopf-Einkommen und somit für steigenden Wohlstand.

In den Jahren 2008 und vor allem 2009 fiel die Arbeitsproduktivität drastisch. Dies hing mit dem massiven Einsatz von Kurzarbeit während des wirtschaftlichen Einbruchs zusammen. In dieser Rezession wurde erstmals eine sinkende Produktion nicht über den Abbau von Arbeitskräften kompensiert, sondern durch die Verminderung der Arbeitszeit. Eine Ursache für diese erstmalige Entwicklung war, dass im von der Krise besonders stark betroffenen verarbeitenden Gewerbe überwiegend Facharbeitskräfte beschäftigt sind, bei denen es im vorangegangenen Aufschwung einen Mangel gegeben hatte. Offenbar wollten viele Unternehmen ihren Facharbeiterstamm halten und hielten die Rezession für ein relativ kurzfristiges Ereignis.

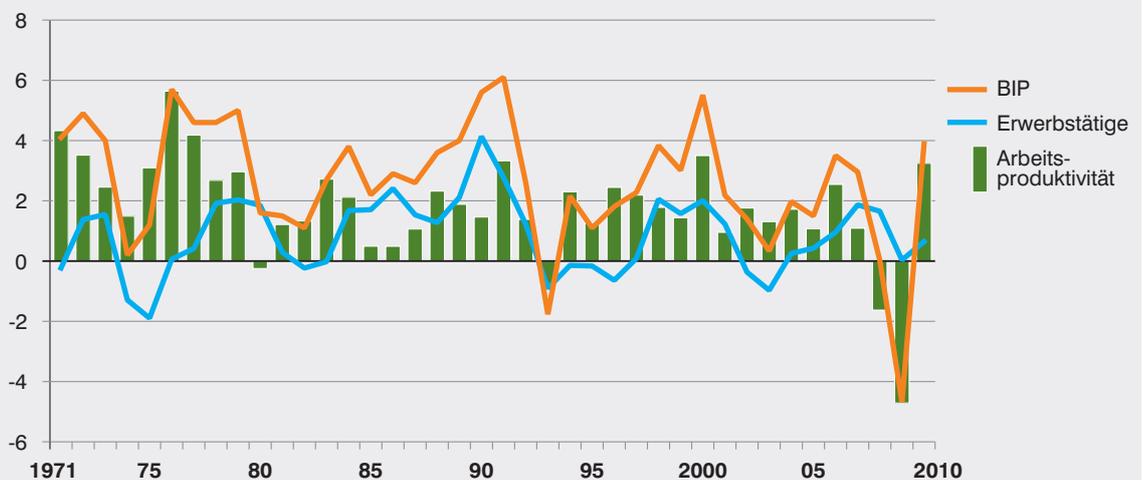
Langfristige Entwicklung in Bayern und Deutschland

In den meisten Jahren des Betrachtungszeitraums

19 Um den Vergleich der in der Regel gegensätzlich verlaufenden Entwicklungen von Arbeitslosen- und Erwerbstätigenzahlen zu erleichtern, wurden die Änderungen der Arbeitslosenzahlen in Abb. 2 mit -1 multipliziert. Steigende Werte zeigen also eine sinkende Arbeitslosigkeit und umgekehrt.

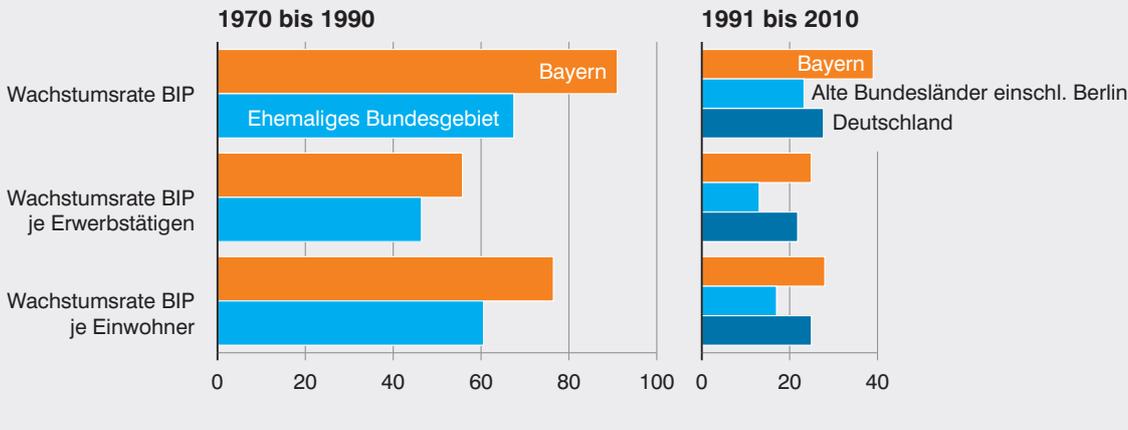
Veränderung der Erwerbstätigenzahl und des BIP sowie der Arbeitsproduktivität in Bayern 1971 bis 2010 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

Abb. 3



Reales Wirtschaftswachstum in Bayern und Deutschland 1970 bis 2010
in Prozent

Abb. 4



lag das preisbereinigte Wirtschaftswachstum in Bayern höher als im ehemaligen Bundesgebiet. Von 1970 bis 1990 nahm das Bruttoinlandsprodukt in Bayern um 91,0% zu, während es im ehemaligen Bundesgebiet lediglich um 67,5% zulegen konnte. Auch die Arbeitsproduktivität sowie das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner legten in Bayern stärker zu als im ehemaligen Bundesgebiet (vgl. Abb. 4). Das Wirtschaftswachstum von 1991 bis 2010 lag deutlich niedriger als in den beiden Dekaden zuvor. In Bayern stieg das preisbereinigte BIP von 1991 bis 2010 um insgesamt 39,0%. Bayern verzeichnete damit jedoch immer ein höheres Wirtschaftswachstum als die alten Bundesländer (einschließlich Berlin), in welchen das BIP in gleichen Zeitraum lediglich um 23,3% zulegen konnte. In Deutschland insgesamt nahm das BIP um 27,7% zu. Auch beim Wachstum der Arbeitsproduktivität und des BIP je Einwohner lag Bayern vor den alten Bundesländern und Deutschland insgesamt.

In den vergangenen 40 Jahren war die bayerische Wirtschaft einem andauernden Strukturwandel unterworfen. Für die Jahre 1970 bis 1990 lässt dieser sich nur anhand der Anteile der großen Wirtschaftsbereiche Land- und Forstwirtschaft, produzierendes Gewerbe sowie den Dienstleistungsbereichen an der gesamten Bruttowertschöpfung darstellen (vgl. Abb. 5). Im Jahr 1970 entfielen in Bayern 5,2% der gesamten Bruttowertschöpfung auf die Landwirtschaft. Das produzierende Gewerbe vereinigte 47,3% der Bruttowertschöpfung auf sich, während

47,4% auf die Dienstleistungsbereiche entfielen. Auch im früheren Bundesgebiet hielten sich die Anteile der Dienstleistungsbereiche und des produzierenden Gewerbes (jeweils 48,3%) die Waage, während der Anteil der Land- und Forstwirtschaft etwas unterhalb des bayerischen lag.

Im Jahr 1990 waren sowohl Bayern als auch das frühere Bundesgebiet hingegen bereits Dienstleistungsgesellschaften. Mit Anteilen von 59,8% in Bayern und 61,0% im früheren Bundesgebiet entfiel der deutlich größte Anteil an der Bruttowertschöpfung auf die Dienstleistungsbereiche. Das Produzierende Gewerbe kam auf 38,2% bzw. 37,6%, während die Land- und Forstwirtschaft auf Anteile von weniger als 2% gefallen war.

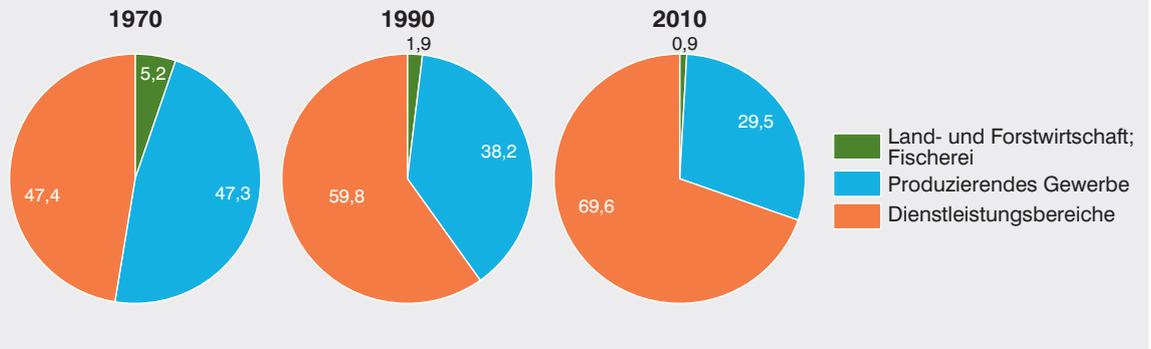
Der Trend zu den Dienstleistungsbereichen setzte sich bis zum Jahr 2010 weiter fort. Der Anteil der Landwirtschaft an der Bruttowertschöpfung sank in Bayern und in Deutschland auf unter 1%. Derjenige der Dienstleistungsbereiche stieg auf 69,6% in Bayern bzw. 71,2% in Deutschland. Entsprechend rückläufig waren die Anteile des Produzierenden Gewerbes.

In grober Zusammenfassung markierten die letzten 40 Jahre somit den Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft, wie ihn Jean Fourastié bereits in den fünfziger Jahren in seiner Theorie des sektoralen Übergangs vorausgesagt hatte.²⁰ Dies

²⁰ Vgl. Fourastié, J. (1954), Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts, Köln. In der Terminologie der VGR werden mit dem Begriff „Sektoren“ Wirtschaftseinheiten institutionell abgegrenzt, die sich in ihrem wirtschaftlichen Verhalten ähneln. Beispiele sind Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften oder Private Haushalte. Insofern wäre die Bezeichnung „Theorie des wirtschaftlichen Übergangs“ passender.

Anteil der Wirtschaftsbereiche an der gesamten Bruttowertschöpfung in Bayern 1970, 1990 und 2010
in Prozent

Abb. 5



ist jedoch eine sehr vereinfachende Beschreibung, da auch die Auslagerung von Dienstleistungen, die 1970 noch innerhalb von Industrieunternehmen erbracht wurden, auf eigenständige Dienstleistungsunternehmen zu einer Verschiebung der Bruttowertschöpfung zugunsten der Dienstleistungsbereiche führt. Somit wurde der Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft nur teilweise durch eine tatsächliche Veränderung der Tätigkeiten verursacht, sondern auch durch organisatorische Änderungen.

6). Auffällig ist der Bedeutungsverlust des Baugewerbes, das 1994 noch einen Anteil von rund 6% an der gesamten Bruttowertschöpfung erreichen konnte und 2008 nur noch auf knapp 4,3% kam. Entgegengesetzt entwickelte sich der Maschinenbau und mit größeren Schwankungen auch die Automobilindustrie. Beide Wirtschaftszweige konnten schließlich den Anteil des Baugewerbes überholen. Leicht rückläufig war das Ernährungsgewerbe, während die chemische Industrie auf niedrigem Niveau stagnierte.

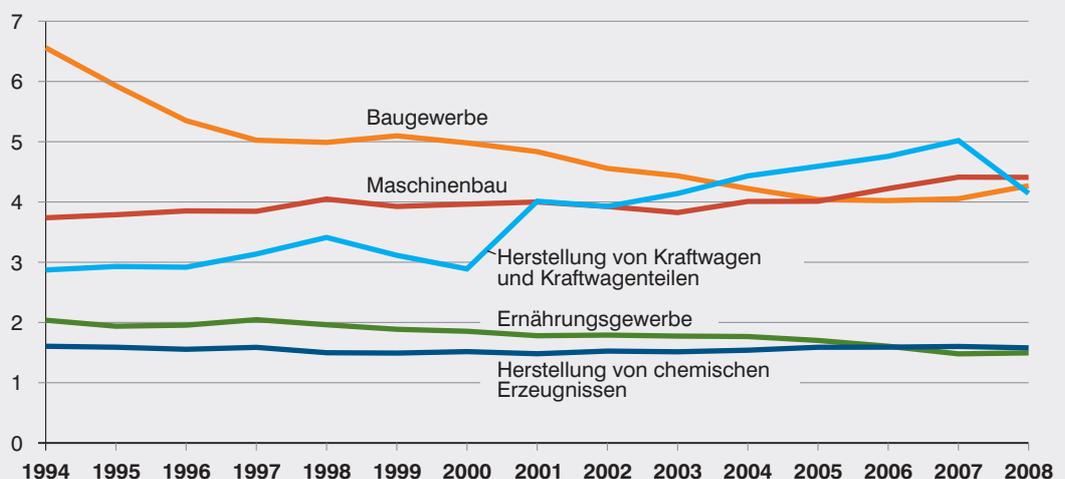
21 Zum Rechenstand März 2011 lagen die Jahre 2009 und 2010 nur als Fortschreibungen vor, sodass hier noch keine detaillierte Untergliederung möglich ist.

Für die Jahre 1994 bis 2008²¹ lässt sich das Produzierende Gewerbe weiter untergliedern. Anhand von ausgewählten Branchen des Produzierenden Gewerbes zeigt sich, dass es innerhalb des Bereiches sehr unterschiedliche Entwicklungen gab (vgl. Abb.

Die Dienstleistungsbereiche lassen sich für die Jahre 1991 bis 2008 ebenfalls weiter untergliedern (vgl. Abb. 7). Hier zeigt vor allem das Grundstücks- und Wohnungswesen deutlich steigende Anteile an der gesamten Bruttowertschöpfung. Gleiches

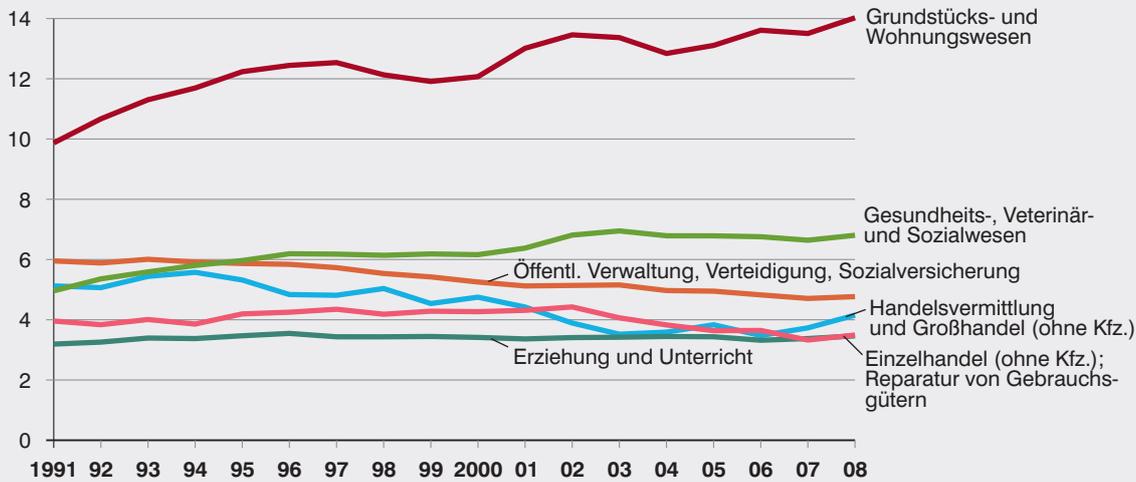
Anteil ausgewählter Bereiche des Produzierenden Gewerbes Bayerns an der gesamten Bruttowertschöpfung 1994 bis 2008
in Prozent

Abb. 6



Anteil ausgewählter Dienstleistungsbereiche an der gesamten Bruttowertschöpfung in Bayern 1991 bis 2008
in Prozent

Abb. 7



gilt in abgeschwächter Form auch für das Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen. Rückläufig waren hingegen der Bereich Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung sowie phasenweise die Handelsvermittlung und der Großhandel. Der Anteil der Bruttowertschöpfung im Einzelhandel sank nach einem Anstieg von 1991 bis 2002 ab dem Jahr 2002, der Anteil des Erziehungswesens stagnierte während der gesamten Beobachtungszeit.

Diese Ausführungen zeigen, dass das Modell von Fourastié den strukturellen Wandel zu vereinfachend wiedergibt. Die Entwicklung nach 1991 verlief kei-

neswegs geradlinig in Richtung zur Dienstleistungsgesellschaft. So gab es im Produzierenden Gewerbe Bereiche mit steigenden Anteilen an der Bruttowertschöpfung, während es bei den Dienstleistungsbereichen auch stagnierende oder sogar rückläufige Branchen gab. Interessant ist auch der rückläufige Anteil des Baugewerbes bei gleichzeitig starker Ausweitung des Grundstücks- und Wohnungswesens. Hier trat offenbar der Neubau zugunsten der Bestandsverwaltung zunehmend in den Hintergrund. Daneben mag auch die Auslagerung von Dienstleistungen aus dem Baugewerbe im Rahmen von organisatorischen Änderungen eine Rolle gespielt haben.